

Zahlen die Bürger zu viel?

Verbandsgemeindewerke legen Jahresabschluss 2017 mit hohem Überschuss vor



VON POLA SCHLIPF

ENKENBACH-ALSENBORN. Deutlich mehr Überschuss als erwartet haben die Werke der Verbandsgemeinde (VG) Enkenbach-Alsenborn im Jahr 2017 erwirtschaftet. Das geht aus dem gerade vorgelegten Jahresabschluss des betreffenden Jahres hervor, der dem Verbandsgemeinderat vorlag. Die FWG-Fraktion leitet daraus eine Frage ab.

„Ist unsere Gebührenkalkulation noch zeitgemäß?“, fragte Manfred Petry, FWG-Fraktionsvorsitzender im VG-Rat Enkenbach-Alsenborn, in dessen jüngster Sitzung. Anlass für seine Frage war der Jahresabschluss 2017 der Verbandsgemeindewerke, der dem Gremium nun endlich vorgelegt worden war. Seit Langem wird moniert, dass die Werke bei diesen Zahlenwerken viele Jahre im Verzug sind, was unmittelbare Auswir-

kungen auf den Haushalt hat. Denn wenn unsicher ist, wie viel Geld vorhanden ist, kann damit auch nicht geplant werden.

Nun aber gehe es mit der Aufarbeitung voran, stellte Bürgermeisterin Silke Brunck (SPD) erfreut fest. Das goutierten auch die VG-Ratsmitglieder. Und sie fanden dabei nicht nur Lob dafür, dass der bislang fehlende Jahresabschluss nun vorliege, sondern durchaus auch für das erzielte Ergebnis. Alexander Roth, der Fraktionsvorsitzende der CDU, erkannte an, dass es den Werken 2017 anscheinend gelungen sei, in einem „durchaus umkämpften Markt“ und trotz aller internen Schwierigkeiten, Gewinne zu erzielen.

Petry sprach von einem „durchaus positiven Bild, das sich hier abzeichnet“. Denn der nun ausgewiesene Überschuss von 923.000 Euro liege deutlich über dem, was von den Planern zuvor angenommen worden war. Sollte sich herausstellen, dass auch in den Jahren zwischen 2018 und 2023 hohe Gewinne erzielt wurden, wäre das eine Millionensumme, die zur Verfügung stehen könnte. Das aber werfe eben genau die Frage nach der Höhe der Gebühren auf. Schließlich seien es die Bürger, die als Zahler ebendieser für die „Riesengewinne“ gesorgt hätten.

Wenn nun soviel Geld mehr eingenommen worden sei, als vorab berechnet, „müssten wir da nicht an die Kalkulation rangehen?“, warf er in den Raum. Christine Braun von den Grünen schränkte daraufhin ein, dass Petry nicht wissen könne, ob die anderen Jahresabschlüsse ähnlich positiv ausfielen. „Möglicherweise liegen Sie mit Ihrer Erwartung falsch.“

Petrys Bitte, so schnell wie möglich die weiteren noch ausstehenden Jahresabschlüsse auf den Weg zu bringen, um diese Ungewissheit auszuräumen, stimmten wiederum alle zu. Im Anschluss entlasteten sie dann auch einstimmig bei einer Enthaltung den damaligen Bürgermeister, Andreas Alter (SPD), die jetzige Bürgermeisterin, Silke Brunck, die damalige Werkleitung sowie die Verwaltung.